

Gastbeitrag. Jugendliche mit schwieriger Lebensgeschichte brauchen Betreuung bis über das 18. Lebensjahr hinaus.

Die Angst vor der Angst

VON MARTIN SCHENK

Der Bursche hat eine klassische Heimkarriere durchlaufen. Schon als kleines Kind war Raphael mit einer massiven Überbelastung seiner Familie konfrontiert. Er reagierte mit Auszucken. Seine Familie bleibt instabil und kann das Kind nicht adäquat versorgen. Die „Zerrissenheit“, die Raphael spürt, belastet seine Entwicklung sehr stark. Insbesondere in der Schule verstärken sich Frustration, Versagensängste, Wut und Aggression. In der WG, in die er als Jugendlicher kommt, gelingt es, Vertrauen aufzubauen, ihm Sicherheit und Stabilität zu geben. „Ich kann doch etwas“ ist eine Erfahrung, die Raphael erstmals macht. Dann kommt der Sprung zur Lehre. Im Betrieb mögen sie den Burschen. Sie finden sogar, er ist super.

Durch die Verzögerung und vielen Schleifen in seiner Entwicklung wird Raphael nun im ersten Lehrjahr 18 Jahre alt. Das heißt: Kurz vor der ersten Berufsschule muss er am Jahresende gesetzlich die WG verlassen und ohne Nachbetreuung seinen Weg allein bestreiten. Seine Familie ist nicht in der Lage, Unterstützung zu leisten. Aktuell werden in Österreich nur ein geringer Teil der Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe nach dem 18. Geburtstag verlängert.

Kinder und Jugendliche sind jetzt in der Coronakrise massiv unter Druck. Wir merken das am Krisentelefon, in den mobilen Therapien, Jugendnachtschlafstellen oder Wohngemeinschaften. Die Kräfte, die die jungen Leute haben, sind unterschiedlich verteilt. Viele sind Überlebenskünstlerinnen und -künstler. Sie kennen Krisen. Sie sind mit Krisen aufgewachsen. Das gibt ihnen jetzt auch eine gewisse Stärke. Aber die Erschöpfung ist groß. Corona hat an der Zuversicht geknabbert, dass es gut weitergeht und dass alles einen Sinn hat. Zuversicht und Sinn sind aber Lebensmittel besonders für junge Leute, die eine schwierige, belastende Kindheit hatten. Eine Pan-

demie bedeutet immer eine „Syndemie“. Das Geschehen ist geprägt von Wechselwirkungen; von Verstärkungen zwischen sozialen, ökonomischen, psychischen und physischen Kräften. Depressionen, Ängste, Essstörungen, Kopfweh und Schlafstörungen sind massiv gestiegen: umso stärker, je unsicherer der Alltag, je geringer das Einkommen, je beengter die Wohnung.

Wie wird es mit Raphael weitergehen? Es gibt zwei Szenarien: Wenn er allein bleibt, werden ihn wohl seine Versagensängste wieder einholen: „Das schaffe ich nicht“, „ich kann es gleich bleiben lassen“ usw. Mit der Unterstützung vertrauter Menschen kann er es aber schaffen, vielleicht sogar einer der wenigen werden, die die Berufsschule mit sehr gutem Erfolg abschließen. Ohne diese Unterstützung aber wird er wohl das machen, was er über lange Zeit vorher eintrainiert hat: Es sich – weil er Scheitern befürchtet – selbst zerstören. Die Angst vor der Angst ist teuflisch.

Auf was wird gewartet?

In Norwegen geht die Unterstützung bis zum Alter von 24 Jahren. In Deutschland können die Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe bis 26 verlängert werden. In Österreich steht im Regierungsprogramm, dass hier bundesweit etwas getan werden muss. Auf was wird gewartet? Jugendliche mit schwieriger Lebensgeschichte brauchen Begleitung und Betreuung über das 18. Lebensjahr hinaus. Diese Begleitung beugt Abstürzen vor. Die Hauptwahrung dabei ist Vertrauen, die Lebensmittel sind Zuversicht und Sinn. Mit nur drei Betreuungsstunden in der Woche könnte Raphaels Scheitern mit hoher Wahrscheinlichkeit verhindert werden. Das kostet nicht viel.

Es wird uns alle aber ein Vielfaches kosten, wenn der Bursche kurz vor dem Ziel einfach allein gelassen wird.

Martin Schenk ist Psychologin und Sozial-Expertin der Diakonie und Mitinitiatorin der Armutskonferenz.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

IN GLASGOW WURDE HEUTE
TEMPO 100 AUF ALLEN
AUTOBAHNEN BESCHLOSSEN



Wir müssen uns mehr um unseren Planeten kümmern

Gastkommentar. Wir übernutzen unsere Erde und ihre Ressourcen. Ein Aufruf zum nachhaltigen Umgang mit den globalen Umwelt-Commons.

VON VERENA GERMANN,
GEORG GRATZER, FRANZ FEHR
UND JOHANN STÖTTER

Österreich lebt derzeit auf „zu großem Fuß“. Warum? Wenn alle Menschen so leben würden wie wir in Österreich, bräuchten wir 3,8 Planeten wie die Erde. Dieser Wert beruht auf dem Verhältnis des sogenannten ökologischen Fußabdrucks und der verfügbaren, für uns Menschen nutzbaren Fläche.

Als ökologischer Fußabdruck wird die Fläche bezeichnet, die für unseren Ressourcenverbrauch durch Konsum inklusive des Abbaus der Abfälle und z. B. der Regeneration von Wäldern benötigt wird. Damit beschreibt der ökologische Fußabdruck indirekt auch den Anteil an globalen Umwelt-Commons, die wir verbrauchen. Das sind Systeme und Ressourcen die grenzüberschreitend zusammenhängen, wie das Klimasystem, der Wasserkreislauf, Biodiversität oder Boden. Wir alle teilen diese miteinander, unabhängig von politischen Grenzen. Allerdings gibt es Grenzen, die dafür von Bedeutung sind: planetare Grenzen. Ihre Defi-

inition beruht auf dem Konzept einer internationalen Forschergruppe um den schwedischen Wissenschaftler Johan Rockström. Darin werden Grenzen für Prozesse und Ressourcen definiert, die auf unserem Planeten limitiert und von zentraler Bedeutung für unser Leben sind. Werden diese Grenzen überschritten, können verschiedene Leistungen unserer Erde, sogenannte Ökosystemleistungen, nicht mehr vollständig erbracht werden. Dazu gehören zum Beispiel die Bereitstellung von sauberem Trinkwasser und gesunden Lebensmitteln, die Regulierung des Klimas oder die Bestäubung von Nutzpflanzen und die Schädlingskontrolle durch Insekten.

Der geschätzte Schaden für den Entfall solcher Leistungen wäre immens. So würden rund 300 Millionen Euro pro Jahr für die Bestäubungsleistung und 330 Millionen Euro pro Jahr für Schädlingskontrolle anfallen. Und das allein für Österreich. Diese Schäden werden durch massive Rückgänge von Organismen und Arten verursacht. Auch wenn Österreich zu den artenreichsten Staaten in Europa zählt, sprechen die Zahlen eine

deutliche Sprache: In den vergangenen 30 Jahren gingen die Wirbeltierpopulationen um 40 Prozent zurück. Für rund 50 Prozent der Säugetiere und Brutvögel besteht eine unmittelbare Gefährdung. Fast 100 Prozent der Kriechtiere und ein Großteil der Insektenpopulation sind ebenfalls bedroht. Jeden Tag werden in Österreich rund zwölf Hektar Boden durch Versiegelung und Erosion in Anspruch genommen. Das sind rund 44 km² pro Jahr, was in etwa der gesamten Fläche von Eisenstadt entspricht.

Auch global sind bereits viele planetare Grenzen überschritten bzw. stehen kurz davor. Dazu tragen auch wir in Österreich bei – das spiegelt sich in unserem ökologischen Fußabdruck wider. Für die Versorgung der österreichischen Viehhaltung werden mindestens 51.000 ha Sojabohnenanbaufläche in Brasilien benötigt. Der dort vorhandene Artenreichtum wird dadurch weiter zerstört. Trotz seines viel gepriesenen Wasserreichtums hat Österreich auch einen beträchtlichen Wasserfußabdruck im Ausland. Laut einer Studie aus dem Jahr 2012 entfallen sogar zwei Drittel des österreichischen

PIZZICATO

Kurz ist weg

Viele Menschen vermissen Sebastian Kurz, den Kanzler der Herzen. Zuletzt wurde er in Dublin und auf einem Flug in die USA gesichtet. Für einen Aufenthalt in Dublin gibt es eigentlich nur zwei Gründe. Der eine ist: Man ist jung und macht eine ausgedehnte Pub-Tour. Nur so jung ist Sebastian Kurz dann auch wieder nicht mehr (und die intellektuellere Variante, die 24-Stunden-Tour auf den Spuren von James Joyce' „Ulysses“, wird er sich wohl auch nicht angetan haben). Der andere ist: In Dublin haben diese smarten US-Start-up-Konzerne ihren Europa-Anker ausgeworfen. Gut möglich also, dass Sebastian Kurz bald zur Gänze irgendwo im Silicon Valley verschwindet.

Zu Hause läuft die Bundesländertour nämlich auch nicht so rund. Die Tiroler täuschen irgendwelche Gemeinderatswahlen vor, um sich nicht mit ihm treffen zu müssen. Und die Vorarlberger machen auf Silicon Valley, also reine Internet-Meetings. Die einzige Chance auf einen halbwegs freundlichen Empfang hat er wahrscheinlich im Burgenland. Denn bevor sich Hans Peter Doskozil mit Pamela Rendi-Wagner trifft, trifft er sich lieber mit Kurz.

Vielleicht sollte Sebastian Kurz aber doch noch die Odysseus-Tour in Dublin machen. Der ist nämlich letztlich, nach vielen Umwegen und Irrfahrten, wieder zurückgekehrt. (oli)

Reaktionen an: oliver.pink@diepresse.com

LESERPOST

Leserbriefe bitte an:
Die Presse, Hainburger Straße 33,
A-1030 Wien oder an
leserbriefe@diepresse.com

So werden wir die Pandemie lang nicht los

„Spitäler in Salzburg und Oberösterreich vor dem Kollaps“ von Julia Wenzel, 11. 11.

„Wir müssen jetzt rasch, entschlossen und umfassend handeln“, meinte Gesundheitsminister Mückstein in Richtung der Landeshauptleute von Salzburg und OÖ. Mit dieser Ansage stieß er leider auf taube Ohren. Die zögerliche Haltung der Politiker, die zersplitterten Kompetenzen, auch in Gesundheitsfragen, und die Ignoranz gegenüber den Warnungen von Ärzten und Virologen sind letztendlich der Grund, dass die Infektionszahlen wieder sprunghaft ansteigen. Wenn ein Autofahrer auf ein Hindernis zufährt

und erst zehn Meter davor auf die Bremse steigt, in der Hoffnung, es wird schon reichen, eine Kollision mit dem Hindernis zu vermeiden, dann ist das grobe Fahrlässigkeit. Wenn jetzt ein Landeshauptmann sagt: „Wir sind ja bei den Spitalsbetten gut aufgestellt“, dann nimmt man das einfach zur Kenntnis. So werden wir die Pandemie noch lang nicht loswerden, und es werden noch viele Menschen am Coronavirus sterben.

Ing. Erich Pichler, 3001 Mauerbach

Aluhut statt Doktorhut

„Wer lieber nicht studieren soll...“, TV-Notiz von Rosa Schmidt-Vierthaler, diepresse.com, 9. 11. Wer Internetgerüchten, politischen Parolenplärrern und Aluhutträgern mehr vertraut als soliden wissenschaftlichen Arbeit, ist an Universitäten falsch. Der feste Glaube an okkulte Theorien vertritt sich nicht mit der sich ständig kritisch hinterfragenden Wissenschaft. Letztere orientiert sich an Fakten. Diese belegen, dass wir

ohne solidarische Impfbereitschaft mit überfüllten Intensivstationen und mehr Todesopfern zu rechnen haben. Sie zeigen auch, dass der Political-Correctness-Trend, der mancher individuellen Exzentrik den Vorrang vor dem Wohl der Mitmenschen einräumt, die Gesellschaft teuer zu stehen kommt. Dazu bedarf es klarer Worte statt nichtssagender Rhetorik.

Prof. Dr. Walter Rehorska, 8480 Mureck

Leerstandsabgabe? Einspruch!

„Zahlen für die leere Wohnung?“ von Christine Kary, 9. 11. Ich bin strikt gegen eine Leerstandsabgabe für Wohnungen. Jeder hat das Recht, mit seinem Eigentum zu verfahren, wie er möchte. Die Wohnungen sind ohnehin versteuert worden, die Abgaben werden mit den Hausbetriebskosten bezahlt.

Der Grund, warum viele Wohnungen leer stehen, ist auch, dass in letzter Zeit zu viele Neubauten mit vielen Tausenden Woh-

Wasserfußabdrucks auf das Ausland. Neben direkt konsumiertem Wasser beinhaltet dieser auch Wasser, das bei der Produktion von Konsumgütern anfällt, die in Österreich verbraucht werden.

Wie können wir sicherstellen, dass diese planetaren Grenzen nicht überschritten werden? Wie kann es gelingen, dass unser Tun und Handeln in Einklang mit den ökologischen Funktionen der Erde gebracht werden? Einen weltweiten Rahmen dafür bilden die nachhaltigen Entwicklungsziele der UN-Agenda. Wie bereits im ersten Artikel dieser Reihe beschrieben, stellen sie 17 ökonomische, soziale und eben ökologische Ziele dar, die eine nachhaltige Transformation unserer Welt ermöglichen sollen. Im UniNETZ-Projekt wird derzeit an Vorschlägen gearbeitet, wie diese Ziele in Österreich umgesetzt werden können. Für eine tatsächliche Transformation und einen nachhaltigen Umgang mit den globalen Umwelt-Commons braucht es aber mehr als das. Es braucht entsprechende Entscheidungen und Handlungen auf allen Ebenen, von Verwaltung und Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Wie es gelingen kann

Es liegt in der Verantwortung von Politik und Verwaltung, einen Rahmen zu schaffen, der ein Leben innerhalb dieser Grenzen ermöglicht. Dazu braucht es rechtliche Verbindlichkeit von Strategien zu Nachhaltigkeit, Klimaanpassung und Biodiversität und eine Harmonisierung bisher teilweise widersprüchlicher Gesetzgebungen. Ebenso wichtig ist es, Strukturen zu schaffen, die nachhaltige Konsummuster fördern sowie Bürgerbeteiligungen (z. B. durch Bürgerräte) ermöglichen und diesen Gehör verschaffen.

Eine zentrale Rolle fällt Wirtschaftszweigen zu, die zu einem großen Teil für die Ausbeutung der globalen Umwelt-Commons verantwortlich sind. Es ist eine neue wirtschaftsethische Orientierung mit regionaler, aber auch globaler Verantwortung notwendig sowie tiefgreifende Veränderungen zu ressourcenschonenden Produktionsmustern und diversifizierter

Landwirtschaft. Erste Schritte wären eine deutliche Reduktion der Produktion tierischer Lebensmittel sowie die Forcierung der Kreislaufwirtschaft. Auch die Forstwirtschaft braucht neue Anreize, die es ihr ermöglichen, den Erhalt der durch den Klimawandel bedrohten Wälder und ihre Biodiversität zu schützen und wiederherzustellen.

Treibende Kraft: Gesellschaft

Eine essenzielle, treibende Kraft muss dabei von der Gesellschaft (Individuen und Gruppen) ausgehen. Zivilgesellschaftliche Bewegungen, allen voran Fridays for Future, leisten einen entscheidenden Beitrag zu politisch-gesellschaftlichem Wandel. Sie erhöhen den Druck auf politische Entscheidungsträger und können glaubhafte, wirkungsmächtige Narrative hervorbringen und weitertragen, die zu kollektivem Wandel ermutigen. Im Rahmen der individuellen Möglichkeiten gibt es auch bei alltäglichen Entscheidungen einen zu nutzenden Handlungsspielraum. Ein besonders großer Hebel ist dabei die Ernährung, und dort die Reduktion des Fleischkonsums.

Grundlage dafür sind die Wahrnehmung und das Bewusstsein für die Bedeutung und Begrenztheit der globalen Umwelt-Commons für unsere Existenz, aber auch für den Eigenwert der Natur. Dies bedingt auch entsprechende Formate in Bildung, Wissenschaft und Kunst. Vermittlung und Anwendung neuer Lehr- und Lernformate sind dabei ebenso wichtig wie ein breiter, von allen gesellschaftlichen Gruppen getragener Dialog und die Entwicklung neuer Zukunftsperspektiven.

Letzten Endes bedeutet dies auch, uns um unser aller Wohlergehen zu sorgen (Artikel 2 dieser Serie, 5. 11. 2021), denn die globalen Umwelt-Commons sind unsere elementare Lebensgrundlage.

Dieser Text ist Teil einer Artikelreihe, die das UniNETZ bis Jahresende in der „Presse“ jeden Freitag publiziert. Die Allianz Nachhaltiger Universitäten in Österreich hat 2019 ein gemeinsames Projekt unter dem Titel „UniNETZ – Universitäten und Nachhaltige Entwicklungsziele“ entwickelt.

Mehr zum Projekt: www.uninetz.com

DIE AUTORINNEN UND AUTOREN

Verena Germann ist Koordinatorin der SDG-6-Gruppe im UniNETZ-Projekt und Studentin in der Doktoratschule Transitions to Sustainability (T2S) an der Universität für Bodenkultur.

Georg Gratzner ist assoz. Professor und stv. Leiter des Instituts für Waldökologie an der Universität für Bodenkultur. Er erforscht die Dynamik von Waldökosystemen und ihre nachhaltige Nutzung. Er koordiniert im UniNETZ das SDG 15.

Franz Fehr ist SDG-Koordinator im Rektorat der Boku, Scientist for Future, Umweltgemeinderat und Ratsvorsitzender von UniNETZ.

Johann Stötter ist Professor für Geografie an der Uni Innsbruck und beschäftigt sich u. a. mit Mensch-Umwelt-Beziehungen und Auswirkungen des globalen (Klima-)Wandels. Im Projekt UniNETZ ist er Mitglied des Lenkungs-ausschusses.

QUERGESCHRIEBEN

VON CHRISTIAN ORTNER



Lasst uns Impfverweigerer mit dem Blasrohr jagen, Waidmanns Heil!

Die Forderung, Menschen müssten „zur Impfung gezwungen werden“, ist emotional nachvollziehbar, einem liberalen Rechtsstaat aber nicht angemessen.

Wenn nicht alles täuscht, nimmt das Verständnis jener Bürger, die sich gegen Corona haben impfen lassen, für diejenigen, die entgegen aller Evidenz die Impfung weiter verweigern, derzeit in ganz erheblichem Ausmaß ab. Dass Millionen Dosen Impfstoff auf Lager liegen, während die Intensivstationen sich wieder mit Coronapatienten füllen, dass deshalb dem Tourismus und damit der ganzen Volkswirtschaft im Winter eine finanzielle Katastrophe droht und letztlich sogar ein Lockdown nicht ausgeschlossen werden kann, das macht sehr viele Menschen sehr wütend.

Ich verstehe diese Wut nicht nur, ich betrete mich sogar gelegentlich beim Gedanken, wie sie sich auch bei mir einzunisten versucht. Dem irrationalen Verhalten einer Minderheit von Mitmenschen nicht nur mehr oder weniger hilflos ausgesetzt sein, sondern auch die Kosten – in jeder Hinsicht – ihres Verhaltens tragen zu müssen, ist keine Erfahrung, die man unbedingt gemacht haben muss.

Insofern ist nachvollziehbar, aus welcher Emotion heraus im Magazin „Profil“ gefordert wurde: „Die Menschen müssen zur Impfung gezwungen werden.“ Nur: Emotionen taugen nicht als Grundlage vernünftiger Entscheidungen. Und mit kühlem Kopf betrachtet, ist diese Forderung, so wie sie dasteht, problematisch.

Erstens: Menschen generell zur Impfung zu zwingen – also notfalls unter Anwendung staatlicher Gewalt – ist mit einem liberalen Rechtsstaat nicht vereinbar. Schon gar nicht, wenn eine Reihe anderer Staaten wie Portugal zeigen, dass das Ziel mit gelinderen Mitteln erreicht werden kann. Zweitens: Wenn gegebenenfalls Hunderttausende, und davon muss man ausgehen, Rechtsmittel gegen einen derartigen Zwang ergreifen, wird die Sache praktisch verunmöglicht. Und drittens: weil eine derartige staatliche Gewaltanwendung zur Erreichung des Impfziels einen Teil der Impfverweigerer noch weiter radikalisiert würde; die Grenzen zu den Staatsverweigerern und ähnlichen Narren sind ohnehin schon verschwommen.

Bevor der Staat Greiftrupps ausschickt, die Impfverweigerer stellig machen und der Zwangsimpfung zuführen – vielleicht mittels Blasrohr und Injektionspfeil? –, wäre hilfreich, die Motive der Verweigerer mithilfe einer sozialwissenschaftlichen Studie offenzulegen.

Denn wenn stimmt, was etwa der Journalist Michael Fleischhacker jüngst in seinem Newsletter behauptete – „dass es sich bei den 90 Prozent Ungeimpften, die derzeit als Covid-Patienten auf den Intensivstationen liegen, nicht um Impfverweigerer handelt, sondern um Menschen, die erstens nicht wussten, dass sie zu einer Risikogruppe gehören, und zweitens mit einem Impfangebot nicht erreicht wurden“, dann kommt man zu einer anderen Strategie, als wenn man davon ausgeht, dass die meisten Impfgegner sehr wohl wissen, was sie tun. Sollte zutreffen, dass der Großteil der Intensivpatienten etwa aus migrantischen Communities stammt und nicht mitgekriegt hat, was gerade los ist, wird wohl

zielführend sein, was der Infektiologe Christoph Wenisch jüngst in dieser Zeitung so beschrieben hat: „In Wien etwa erzielten die Behörden in der türkischen Community große Impffortschritte, indem sie den Impfstoff von Biontech-Pfizer als ‚türkischen Impfstoff‘ angepriesen haben, weil ja die Entwickler bekanntlich aus der Türkei stammen.“ Das funktioniert vermutlich besser als „Die Menschen müssen zur Impfung gezwungen werden“.

Der Augenschein zeigt, dass zumindest der harte Kern der Verweigerer nicht „von einem Impfangebot nicht erreicht wurde“, sondern dieses dankend ablehnt. Das mit staatlicher Gewalt brachial zu brechen wäre wohl nicht verhältnismäßig. In diesen Fällen bleibt nur, diese „Refuseniks“ vom öffentlichen Leben fernzuhalten, wie das die 2-G-Regel ja auch vorsieht. Keine perfekte Lösung, aber eine, die zwar bis an die Grenzen des liberalen Rechtsstaates geht, aber nicht darüber hinaus.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

Zum Autor: Christian Ortner ist Kolumnist und Autor in Wien. Er leitet „ortneronline. Das Zentralorgan des Neoliberalismus“.

nungen in Wien gebaut worden sind und der Bedarf gedeckt ist. Natürlich stehen besonders viele frei finanzierte Wohnungen leer.

Zudem wollen es sich viele private Wohnungsbesitzer nicht antun zu vermieten. Man muss die Mieten zusammen mit dem eigenen Einkommen hoch versteuern, viele Mieter zahlen oft nicht, die Wohnungen werden beschädigt und verdreckt zurückgegeben, oder Mieter müssen delogiert werden. Bei jeder neuen Vermietung muss mit viel Geld renoviert werden, das deckt dann nicht einmal das Miet-einkommen und die Kautions. Viele Wohnungseigentümer sehen die Wohnung als Geldanlage z. B. für spätere Pflegekosten oder heben sie für die Kinder auf.

Ein Beispiel: Eine geerbte, für viel Geld toprenovierte Wohnung wurde vermietet, der Mieter zahlte nach drei Monaten nicht mehr, er wurde nach eineinhalb Jahren gerichtlich delogiert. Bei Wohnungsöffnung wurde festgestellt, dass alles zerstört war, einschl. neuer Küche, und alles vom mitvermie-

teten Wohnungsinhalt gestohlen wurde, Mieter nicht auffindbar.

Und dann will man mit einer Leerstandsabgabe bestrafen, wenn jemand die Wohnung einfach für den Eigenbedarf aufhebt – was sein Recht sein sollte.

Susanne Riedl, 1230 Wien

Meine Passion liegt im guten alten Wienerisch

„Ich will nichts mehr von einem Booster hören“, „Mein Montag“ von Erich Kocina, 8. 11.

Ihr Artikel und alle, die in ähnlicher Weise folgen, sind so wichtig! Ich bin halber Engländer, in Wien geboren, dann noch im Krieg mit Tirolerisch, dann in der Schule mit herrlichem Wienerisch aufgewachsen.

Zwei Tragödien der europäischen Kultur: 1) Brexit! Mein Mutterland flüchtet aus Europa? – 2) Unsere zeitgenössische Kunst glaubt wirklich, auf dem Markt höhere Profite zu erzielen, wenn jedes Werk, jede Ausstellung einen englischen Titel aufgesetzt be-

kommt. Am schlimmsten ist die „Speak“ der Kustoden, der akademisch ausgebildeten Museums- und Galerie-Fachleute, die eine Ausstellung zu zwanzig Prozent Englisch-Deutsch interpretieren.

Ich versuche meinen Enkeln nicht mein Englisch zu vermitteln – das machen Fernsehen und i-Phone –, meine Passion liegt im guten alten Wienerisch. Bitte lassen Sie nicht locker, machen Sie weiter Wind gegen Konsum von Boosterschnitzeln.

Peter Rath, 1030 Wien

Es gab keine Änderung im Wehrgesetz

„Bisher gibt es 400 Teiltaugliche“ von Martin Fritzl, 10. 11.

Nach wie vor lautet der Beschluss der Stellungscommission über die Eignung zum Wehrdienst „Tauglich“, „Vorübergehend untauglich“ oder „Untauglich“. Es gab keine Änderung im Wehrgesetz bzgl. Teiltauglichkeit, lediglich wurden heeresintern die Tauglichkeitskriterien geändert. Bleibt abzuwar-

ten, ob ein nunmehr tauglicher Wehrpflichtiger den Rechtsweg beschreitet und sich auf das Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofs beruft, das für den Dienst im Bundesheer u. a. ein gewisses Mindestmaß an Kraftanstrengung und Beweglichkeit verlangt.

Markus Bernhart, 8530 Deutschlandsberg

Der Unternehmer kann es sich ja leisten . . .

„Ein schöner ‚Reallohnschub‘ für den Staat“, „Urschütz meint“, 10. 11.

Wie Sie richtig schreiben, begreifen die meisten noch immer nicht, dass die kalte Progression bei jeder Lohnerhöhung die Steuerlast überproportional erhöht. Anscheinend auch nicht die Lohnverhandler, sonst würden sie endlich gemeinsam eine Reduktion der Lohnnebenkosten und eine Anpassung der Lohnsteuerkurve verlangen, was zu einem echten Nettozuwachs ohne Kostensteigerung der Arbeit führen würde.

Da aber die Versprechen vor den Wahlen, wie z. B. 1700 € netto

für Landesbedienstete im Burgenland, viel Geld kosten, wird sich niemand an die Verringerung der Lohnnebenkosten wagen, zumal das noch immer von den Zahlern als gottgegeben hingenommen wird. Wären die Gehaltsbezieher für die Abgaben selbst verantwortlich, würde es sicher einen Aufschrei geben; aber so zahlt der Unternehmer, und der kann's sich ja leisten und von der Steuer absetzen (Allgemeinplatz).

Ing. Wolfgang Holzinger, 7034 Zillingtal

IMPRESSUM: DEBATTE

Leitung: Mag. Anna-Maria Wallner, LL.M.

Twitter: @media_wall

Online: Stefanie.Kompatscher@diepresse.com

E-Mail: debatte@diepresse.com

Redaktion Leserbriefe:

Henriette Adrigan, Ursula Mayer

E-Mail: leserbriefe@diepresse.com

Debatte Online: diepresse.com/meinung

Debattenbeiträge müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen.

Leserbriefe: Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.